

Inhaltsverzeichnis

zur Niederschrift über die öffentliche 15./X. Ratsperiode Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses der Stadt Kleve am Mittwoch, 18.10.2017, 15.30 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses - Nr. 1.29

	<u>Seite</u>
1. Neugestaltung der Spyckstraße hier: geänderte Ausführungsplanung - Drucksache Nr. 726 /X. -	4 - 6
2. Mitteilungen . / .	6
3. Anfragen a) Abriss Brücke über der Spyckstraße	6 - 7

Niederschrift

über die öffentliche 15./X. Ratsperiode Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses der Stadt Kleve am Mittwoch, 18.10.2017, 15.30 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses - Nr. 1.29

Unter dem Vorsitz des
Stadtverordneten Bay, Michael (Bündnis 90/ DIE GRÜNEN)
sind anwesend die Stadtverordneten:

Bay, Michael	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
Boskamp, Heinz	SPD
Bucksteeg, Friedhelm	CDU
Duenbostell, Horst	SPD
Fuchs, Anne	Offene Klever für Bouten, Barbara
Hiob, Georg	CDU
Kanders, Angelika	CDU für Thomas, Gerhard
Kumbrink, Michael	SPD
Maaßen, Manfred	CDU
Meyer-Wilmes, Dr. Hedwig	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN für Schnütgen, Wiltrud
Rütter, Daniel	FDP
Teigelkötter, Friedrich	CDU
Verhoeven, Werner	CDU
Welberts, Stefan	SPD für Welberts, Sonja

Sachkundigen Bürger:

Dußling, Jürgen	
Koken, Detlef	
Loosen, Iris	
ter Meer, Hans-Jürgen	
Zigan, Paul	für Janßen, Alexander

Nicht anwesend:

Bouten, Barbara	
Evers, Richard	
Fischer, Wilhelm	SPD
Janßen, Alexander	Offene Klever
Schnütgen, Wiltrud	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
Thomas, Gerhard	
Welberts, Sonja	SPD
Wiegersma, Friedhelm	

Von der Verwaltung sind anwesend:

Bürgermeisterin Northing

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Hass
Technischer Beigeordneter Rauer
Tariflich Beschäftigter Klockhaus
Tariflich Beschäftigter Posdena
Städtische Verwaltungsrätin Rennecke
Städtischer Amtsrat Seißer als Schriftführer

Gäste:

van Ackeren, PHK Stefan von der Polizei Kleve

Ausschussvorsitzender StV. Bay eröffnet die Sondersitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Anmerkungen zur Niederschrift der letzten Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses entfallen auf Grund des Charakters der Sondersitzung. Darüberhinaus erläutert Ausschussvorsitzender StV. Bay wie ausführlich das bisherige Verfahren zur Neugestaltung der Spyckstraße sowohl in den öffentlichen Sitzungen der verschiedensten Gremien in Einbindung der Interessen der Bürgerinnen und Bürger der Spyckstraße als auch in Verbindung mit den zuständigen Mitgliedern der Verwaltung behandelt wurde und zeigt die vergangenen Beratungen auf. Ausschussvorsitzender und StV. Bay erzielt Konsens darüber, die Eingaben der Bürgerinnen und Bürger und die Drucksache Nr.726/X als bekannt vorzusetzen und als Ziel der aktuellen Sondersitzung, dem Rat eine abschließende Entscheidung zur Neugestaltung der Spyckstraße zu empfehlen.

1. **Neugestaltung der Spyckstraße**

hier: geänderte Ausführungsplanung
- Drucksache Nr. 726 /X. -

Tariflich Beschäftigter Klockhaus erläutert die Drucksache Nr. 726 /X. erneut anhand einer PowerPoint-Präsentation. Weiterhin geht er auf das Schreiben der Anlieger der Spyckstraße vom 05.10.2017 ein und führt zu den genannten Punkten aus:

So sei die *Spyckstraße* nach der Richtlinie für die Anlage von Stadtstraßen (RASt 06) eine *Sammelstraße*. In einer *Tempo-30-Zone* sei die Einrichtung von *Anlagen für Radfahrer nicht zulässig*. Die neue Planung sehe *alternierendes Parken* vor. Dieses erhöhe auch die Verkehrssicherheit, da die Durchsicht gebrochen werde und somit das Geschwindigkeitsniveau abgesenkt werde. Der *Kanal* sei aus den 30 er Jahren des vergangenen Jahrhunderts, liege auf teerhaltigen Bereichen und sei *sehr stark beschädigt* und das *Schutzwasser könne ins Grundwasser* gelangen. Dies könne zu Problemen bei der Trinkwasserbereitung führen. Auf Grund der einzuhaltenden Standards für die *Barrierefreiheit* müssten gewisse *Abstandsbereiche* für Gehwege, Baumscheiben und den Fahrbahnbereich *eingehalten* werden. Da die Baumstandorte *nach Beschluss des Naturschutzbeirates* zu optimieren seien, könnten aktuell *nur noch 38 Stellplätze* für Kraftfahrzeuge errichtet werden. Eine Verschiebung der Baumscheiben in Richtung Fahrbahn oder Gehweg sei nicht möglich. Im Rahmen der Bauausführung werde aber geprüft, ob weitere Stellplätze geschaffen werden können. Die *Gesamtmaßnahme* ermögliche aus technischen Gründen **keinen weiteren Aufschub**.

StV. Verhoeven teilt mit, dass die Planungen den technischen Regelungen entsprechen würden. Bei Neuanlagen von Straßen müssten die aktuellen Richtlinien ebenso eingehalten werden wie der Beschluss des Naturschutzbeirates. Weiterhin merkt er an, dass die Planungskosten für den 1. Planentwurf den Bürgern nicht auferlegt werden könnten. Abschließend fragt er an, ob die geplante Straßenbreite für Rettungsfahrzeuge ausreichend dimensioniert sei und bei der hohen Nutzung durch Radfahrer eine Fahrradstraße eingerichtet werden könne.

Tariflich Beschäftigter Klockhaus antwortet, dass bezüglich des Radverkehrs zunächst die Entwicklung nach Fertigstellung der Straße abgewartet werden solle. Die Straßenbreite belaufe sich mindestens auf 4,75 Meter und die Zufahrtsbereiche seien dementsprechend ausgestaltet, dass Rettungsfahrzeuge alle Bereiche der Spyckstraße anfahren könnten.

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Haas teilt zu der Angemessenheit der Kosten mit, dass eine Umlage dieser auf die Anlieger nur ausscheide, wenn die Verwaltung nicht

vernünftig und wirtschaftlich gearbeitet habe. Es sei nicht ersichtlich, dass die Verwaltung nicht korrekt gearbeitet habe.

StV. Teigelkötter fragt an, ob die Baumeinfassungen beispielsweise in die Länge gezogen und die Granulate unterirdisch eingebracht werden könnten, um weitere Stellplätze zu schaffen.

Tariflich Beschäftigter Klockhaus führt aus, dass dies auf Grund des Mindestabstands zum Fahrverkehr von einem Meter und unterschiedlichen Breiten der Gehwege bis zu den Hauskanten nicht möglich sei.

StV. Fuchs erklärt, dass die Mitglieder des Umwelt- und Verkehrsausschusses "nicht hier sitzen würden, um sich Richtlinien anzuhören." Sie seien gewählte Vertreter der Bürger, die die Bürger bei Entscheidungen einbinden müssen. Die Offenen Klever trügen einen Teil der Verantwortung und plädieren für ein Mitspracherecht der Bürger. Es werde ignorant mit den Bürgern umgegangen.

Bürgermeisterin Northing antwortet, dass StV. Fuchs recht habe, dass sie von den Bürgern gewählt worden sei. Auch sie habe aber die Verpflichtungsformel unterschrieben und habe nach Recht und Gesetz zu handeln. Die Verwaltung sei die Exekutive und könne nicht jeden Bürgerwillen umsetzen. Bei der Neugestaltung der Spycckstraße habe sich die Verwaltung an die gültigen Normen zu halten.

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Haas teilt mit, dass der Fachbereich Tiefbau sich intensiv mit den Anregungen der Bürger beschäftigt habe. Die Qualität der Mitarbeiter sei gut. Nicht nachvollziehen könne er persönlich, dass die Straße als Allee eingestuft werde. Aber auf Grund der Einstufung der Straße als Allee sei die Verwaltung verpflichtet, das geplante Konzept umzusetzen. Die Verwaltung erwarte nun eine Entscheidung, um mit der Ausschreibung der Maßnahme beginnen zu können.

StV. Kumbrink verwahrt sich im Namen aller anwesenden Stadtverordneten gegen die Aufforderung der StV. Fuchs, gegen bestehende Gesetze und Richtlinien zu verstoßen. Die SPD habe sich die Anregungen der Bürger angehört und StV. Verhoeven habe diese schon aufgeführt. Hierzu habe tariflich Beschäftigter Klockhaus gut geantwortet. Er dankt der Verwaltung, die gut und rechtssicher arbeite. Die politisch gewählten Vertreter seien für die gesamte Stadt und nicht nur für eine Straße verantwortlich.

StV. Verhoeven teilt mit, dass die Polemik der StV. Fuchs nicht sachdienlich sei. Die politischen Vertreter müssten ihrer Verantwortung gerecht werden. Die CDU habe die Anregungen der Bürger wahrgenommen. Die Straße werde nach der Umgestaltung schöner sein als aktuell. Möglicherweise könnte im Rahmen der Bauausführung weiterer Parkraum geschaffen werden. Er beantragt eine kurze Unterbrechung zur Beratung.

StV. Rütter führt aus, dass der Unmut der Anwohner aus der Handlungsbindung entstehe. Die politischen Vertreter könnten nicht viel gestalten und müssten der Verwaltungsvorlage zustimmen. Wenn wie vorgelegt beschlossen werde, könne es zu Parkproblemen für die Anwohner im innerstädtischen Bereich führen. Weiterhin fragt er an, ob die Möglichkeit bestehe, nur den Kanal zu sanieren.

Bürgermeisterin Northing antwortet, dass tariflich Beschäftigter Klockhaus alle Normen aufgeführt habe, die einzuhalten seien. Die Anwohner wurden beteiligt und es sei mehrfach mit den Anwohnern gesprochen worden. Diese hätten aber den Kreis Kleve beteiligt. Dies habe dazu geführt, dass die Spycckstraße nunmehr als Allee eingestuft werde und die Stellplatzmöglichkeiten von weit über 60 auf 38 geschrumpft seien.

Technischer Beigeordneter Rauer erläutert, dass der Alleenschutz bei der Spyckstraße ein bedeutsamer Punkt sei. In vielen anderen Straßen sei der Alleenschutz nicht zu beachten. Dies führe dazu, dass dort gestalterisch in einem anderen Rahmen geplant werden könne. Jede Straße werde individuell und situativ anders beurteilt. Die Gestaltung sei nur in den gesetzlichen Rahmenbedingungen möglich. Von derzeit über 90 Stellplätzen habe die erste Planung der Verwaltung noch über 60 vorgesehen. Erst die Einstufung der Spyckstraße als Allee habe zu einer Reduzierung der Stellplätze auf 38 geführt. Alle Spielräume seien von der Verwaltung diskutiert worden. Die Belastung der Nebenstraßen durch Parkdruck sei nicht zu verneinen. Wenn die vorgelegte Planung abgelehnt würde, würde die Verwaltung die Kanalbaumaßnahme ausschreiben. Die würde dazu führen, dass sich die Bauphase deutlich in die Länge zöge und die Kosten steigen würden.

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Haas teilt mit, dass die neue Landesregierung aufgefordert habe, Deregulierungsvorschläge zu unterbreiten. Die politischen Vertreter könnten Gebrauch davon machen. Zukünftig könne nicht jede Neugestaltung einer Straße so ausführlich mit Anwohnerbeteiligung diskutiert und beraten werden wie die der Spyckstraße. Die Verwaltung sei an die gültigen Normen gebunden.

StV. Dr. Meyer-Wilmes teilt mit, dass die Anwohner den Erhalt der Bäume geschafft hätten und fragt an, ob die Baumscheiben in die Gehwege verschoben werden könnten.

Tariflich Beschäftigter Klockhaus antwortet, dass dies nicht möglich sei, da die erforderlichen Breiten der Gehwege und Fahrbahn ansonsten nicht eingehalten werden könnten.

Ausschussvorsitzender Bay unterbricht auf Wunsch der Vertreter der CDU die Sitzung um 16.35 Uhr für 5 Minuten. Die Sitzung wird um 16.40 nach erfolgter Beratung fortgesetzt.

Ausschussvorsitzender StV. Bay plädiert für die Zustimmung zur vorgelegten Verwaltungsvorlage und lässt darüber abstimmen.

Bei zwei Gegenstimmen befürwortet der Ausschuss für Umwelt und Verkehr die Drucksache Nr. 726 /X.

2. Mitteilungen

./.

3. Anfragen

a) Abriss Brücke über der Spyckstraße

StV. Fuchs fragt an, ob der Bodenbelag der Spyckstraße nach der Neugestaltung geeignet sei, bei einem Abriss der Brücke der Bundesstraße 9 eventuell den dortigen Verkehr aufzunehmen.

Technischer Beigeordneter Rauer teilt mit, dass zu der Verkehrsführung im Rahmen des Abbruchs der Brücke zum derzeitigen Stand nur Mutmaßungen angestellt werden könnten. Die Spycckstraße werde nach dem Stand der Technik umgebaut und lasse Verkehr schwerer Fahrzeuge, wie beispielsweise Müllfahrzeuge, zu. Um den Verkehr der Bundesstraße 9 aufzunehmen, werde die Spycckstraße nicht neugestaltet.

Ende der Sitzung: 16.45 Uhr

(Bay)
Vorsitzender

(Seißer)
Schriftführer